

ABSCHUB NACH WESTEN

Die Vertreibungskatastrophen der Reichs- und Volksdeutschen Ost-Mitteleuropas Band III/03

Vertreibungspläne und politische Vereinbarungen der Siegermächte, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen von August 1944 bis Juli 1945

05.08.1944

Im Grundsatzpapier des "US-Committee on Post-War Programs" vom 5. August 1944 heißt es, daß die Vertreibung der Deutschen aus dem neuen polnischen Staat und aus anderen ost- und südosteuropäischen Staaten gewiß zu deren innerer Stabilität beitragen würde, da sich die Minderheiten dort in der jüngsten Vergangenheit als "Vorhut nationalsozialistischer Penetration" erwiesen hätten und in diesen Ländern ein wohlbegründeter Groll gegen die Deutschen bestehe.

Ein pauschaler Massentransfer sei trotzdem abzulehnen, weil dadurch eine zu große Belastung des von den Alliierten besetzten Deutschland entstehen würde. Die USA sollten sich deshalb um eine international überwachte selektive Aussiedlung bemühen (x020/58).

26.08.1944

Churchill meint am 26. August 1945 während einer Unterhaltung mit dem polnischen General Anders (x039/227): >>In Deutschland sei genügend Platz für die zu vertreibenden Deutschen.

...<<

30.08.1944

Osobka-Morawski, ein führendes Mitglied der polnischen PKWN-Regierung, erklärt während einer Presseerklärung in England (x001/139E): >>Es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt (Verwaltungsübernahme durch Polen) bereits alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben würde.<<

02.09.1944

Die nordamerikanische "Dreierkommission" (Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau) veröffentlicht am 2. September 1944 den sog. "Morgenthau-Plan".

Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" soll das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches sind vollständig zu demonstrieren bzw. zu zerstören. Die nordamerikanische "Dreierkommission" ist fest entschlossen, das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der Morgenthau-Plan enthält u.a. folgende Forderungen (x044/202-203): >>... Es sollte das Ziel der Alliierten sein, die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands in kürzestmöglicher Zeit nach der Kapitulation durchzuführen. Das bedeutet:

Vollständige Entwaffnung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes.

Polen sollte denjenigen Teil Ostpreußens erhalten, welcher nicht an Rußland fällt, dazu den südlichen Teil von Schlesien.

Frankreich sollte die Saar und die angrenzenden Gebiete erhalten, welche durch den Rhein und die Mosel begrenzt werden.

Es sollte eine internationale Zone geschaffen werden, welche die Ruhr und die Industriegebiete umfaßt.

Der Restteil Deutschlands sollte in zwei autonome, unabhängige Staaten,

1. einen süddeutschen, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und einigen kleineren Gebieten, und
2. einen norddeutschen, umfassend den größeren Teil des preußischen Staates, Sachsen, Thüringen und einzelne kleine Staaten, aufgeteilt werden.

Im Ruhrgebiet liegt das Herz der deutschen industriellen Macht. Diese sollte nicht nur von allen dort augenblicklich bestehenden Industrien entblößt, sondern so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet wieder werden kann.

a) Innerhalb kürzester Frist, wenn möglich nicht länger als 6 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten, sollen alle Industrieanlagen und Ausrüstungen nicht durch eine militärische Aktion zerstört, sondern vollständig demontiert und als Restitution (Erstattung) für die Alliierten abtransportiert werden. Alle Kohlengrubenausrüstungen sollen entfernt und die Kohlengruben geschlossen werden.

b) Das Gebiet soll internationalisiert und durch eine internationale Sicherheitsbehörde, die durch die Vereinten Nationen zu errichten wäre, verwaltet werden. ...<<

04.09.1944

US-Finanzminister Morgenthau erklärt während eines Gespräches mit US-Kriegsminister Stimson (x025/126,237): >>Ich bin dafür, erst zu zerstören, und um die Bevölkerung werden wir uns dann in zweiter Linie Sorgen machen. ... Ich konnte mit dem Präsidenten ruhig und ungestört sprechen, und ihm gefiel mein Vorschlag, auch Mrs. Roosevelt, die früher eine große Pazifistin war. Es macht ihr überhaupt keine Sorge. ...

Wenn man 1 Million (Griechen und Türken) verschieben kann, kann man auch 20 Millionen (Deutsche) verschieben.<<

10.09.1944

US-Finanzminister Morgenthau schreibt am 10.09.1944 an den nordamerikanischen Präsidenten (x025/120): >>Seit 1864 hat Deutschland 5 Angriffskriege gegen fremde Staaten geführt.

...

Das Nazi-Regime ist nicht ein wilder Trieb einer ansonsten gesunden Gesellschaft, sondern ein organisch gewachsenes Produkt der deutschen politischen Entwicklung.

Auch schon ehe das Nazi-Reich die Macht ergriff, hatte das deutsche Volk eine Anfälligkeit ohnegleichen gegenüber der Verführungskunst einer militärischen Clique an den Tag gelegt.

...<<

12.09.1944

Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichnen in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135).

Das Deutsche Reich soll in Besatzungszonen aufgeteilt und vollständig besetzt werden (Ostpreußen gehört bereits zur sowjetischen Besatzungszone). Die Verbündeten können sich verhältnismäßig schnell einigen.

Die Ausarbeitung der Kapitulationsurkunde bereitet jedoch große Probleme, so daß sich die Nordamerikaner und Briten monatelang wegen des Textes streiten. Die Sowjets beteiligen sich nicht an diesen unsinnigen Streitereien (x052/31).

15.09.1944

Roosevelt und Churchill unterzeichnen am 15.09.1944 in Quebec einen modifizierten (abgewandelten) "Morgenthau-Plan".

Führende nordamerikanische Politiker wie Hull und Stimson lehnten diesen radikalen Plan jedoch später massiv ab (x114/1.55).

US-Kriegsminister Henry L. Stimson übergibt dem nordamerikanischen Präsidenten später z.B. folgende Denkschrift (x063/598): >>Unvorstellbar sei es, im gegenwärtigen Zustand der Welt ein Gebiet, das der Mittelpunkt eines der am höchsten industrialisierten Kontinente sei, bewohnt von einem Volke voll Energie, Arbeitseifer und Fortschrittlichkeit, in ein "Geisterterritorium" zu verwandeln. ...

Übrigens müßte der Wiederaufbau nach den Verheerungen des Krieges möglichst rasch vor sich gehen, wenn gefährliche Umwälzungen in Europa vermieden werden sollen. Die Deutschen auf einem "Existenzminimum" festzuhalten, am Rande der Armut, bedeute, das deut-

sche Volk zur Sklaverei zu verurteilen - die Schuld der Nazis würde damit verdunkelt werden und die Quellen vergiftet, aus denen wir Hoffnung auf einen Weltfrieden speisen wollen.<<
Cordell Hull (US-Staatssekretär des Äußeren) schreibt in einem weiteren Memorandum für Präsident Roosevelt (x063/599): >>... Nur 60 % der Deutschen könnten sich auf dem Lande erhalten, 40 % werden sterben. ... Seinem Wesen nach war dies ein Plan (Morgenthau-Plan) blinder Rache. Blind, weil er übersah, daß mit dem Schlag gegen Deutschland der gleiche Schlag gegen ganz Europa geführt würde. Indem man die deutsche Industrie zerstöre, zerstöre man zum großen Teil die Wirtschaft Europas, die seit vielen Generationen von den in Deutschland produzierten Rohmaterialien abhängt.<<

16.09.1944

US-Finanzminister Henri Morgenthau fordert während der Konferenz in Quebec (vom 11. bis zum 16. September 1944) u.a. die Abtretung Ostpreußens an die UdSSR bzw. an Polen und die Abtretung Schlesiens bis zur Katzbach an Polen (x039/227).

22.09.1944

Nach scharfer Kritik der nordamerikanischen Medien und massiven Protesten der deutsch-nordamerikanischen Bevölkerung gegen den "Morgenthau-Plan" ziehen Roosevelt und Churchill am 22. September 1944 ihre Unterschriften zurück.

US-Präsident Roosevelt verhält sich danach distanzierter.

Roosevelt schreibt später in der offiziellen Vorrede des Morgenthau Buches "Germany is our problem" (x063/600): >>Ich würde den Grundlagen selber meiner Religion und meiner politischen Überzeugungen untreu werden, sollte ich je die Hoffnung – ja den Glauben! – aufgeben, daß in jedem Volke, ohne Ausnahme, ein gewisser Instinkt für Wahrheit lebe, eine gewisse Neigung zur Gerechtigkeit und ein gewisses Verlangen nach Frieden. ...

Wir erheben keine Anklage gegen die deutsche Rasse, denn wir können nicht glauben, daß Gott für alle Ewigkeit irgendeine Rasse der Menschheit verdammt habe ...<<

Der "Morgenthau-Plan" wird aber eigentlich nur aufgeschoben und nicht fallengelassen, denn wesentliche Bestandteile des Plans werden nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und z.T. sogar in verschärfter Form realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenken" später nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmen schließlich außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben werden.

15.10.1944

Churchill und Eden üben vom 13. bis zum 15. Oktober 1944 massiven Druck gegenüber Mikolajczyk (polnischer Exilministerpräsident) aus, um die sog. Curzon-Linie durchzusetzen (x028/67-69): >>(Churchill): "Ich muß im Namen der britischen Regierung erklären, daß die Opfer, die die Sowjetunion im Laufe des Krieges gebracht hat, und ihre Bemühungen um die Befreiung Polens ihr in unseren Augen Anspruch auf eine Grenze entlang der Curzon-Linie geben." ...

(Polen erhält dafür) "Territorien im Norden und im Westen, in Ostpreußen und in Schlesien, einschließlich einer günstigen Küste, eines ausgezeichneten Hafens in Danzig und wertvoller Rohstoffe in Schlesien. Es wird ein großes Land sein, nicht dasselbe, das in Versailles umrissen wurde, aber es wird eine echte solide Struktur bilden, in der die polnische Nation leben und sich in Sicherheit, Wohlstand und Freiheit entwickeln kann." ...

Mikolajczyk: "Ich weiß, daß unser Schicksal in Teheran besiegelt wurde."

Churchill: "In Teheran wurde es gerettet."

Mikolajczyk: "Ich bin kein Mensch, dem jedes patriotische Gefühl abgeht und der halb Polen verschenken würde." ...

Churchill: "Falls Sie die Grenze (Curzon-Linie) nicht akzeptieren, scheiden Sie für alle Zeiten aus dem Spiel aus. Die Russen werden durch Ihr Land stürmen, und Ihr Volk wird liquidiert werden. Sie stehen am Abgrund der völligen Vernichtung." ...

Mikolajczyk: "Alles verlieren wir."

Churchill: "Die Pripet-Sümpfe und 5 Millionen Einwohner. Die Ukrainer gehören nicht zu ihrem Volk." ...

Mikolajczyk: "Wir verlieren alle Autorität in Polen, wenn wir die Curzon-Linie anerkennen, und außerdem ist nichts darüber gesagt, was wir von den Deutschen bekommen könnten." ...

Churchill: "Wenn wir in diesem Augenblick bekanntgeben, was wir den Deutschen im Osten nehmen wollen, würde die deutsche Wut entfesselt, und das würde viele Menschenleben kosten." ...

Mikolajczyk: "Die polnische Regierung kann nicht über den Verlust fast der Hälfte polnischen Territoriums im Osten bestimmen, ohne die Meinung des polnischen Volkes einzuholen, die für die Regierung entscheidend ist."

Churchill: "Sie sind keine Regierung, wenn Sie nicht imstande sind, eine Entscheidung zu treffen. Sie sind abgebrühte Leute, die Europa zerstören möchten. Ich werde Sie ihren Skrupeln überlassen. Sie haben kein Verantwortungsgefühl, wenn Sie Ihr Volk daheim im Stich lassen wollen, gegen dessen Leiden Sie gefühllos sind. Sie kümmern sich nicht um die Zukunft Europas, Sie haben nur Ihre eigenen kümmerlichen, selbstsüchtigen Interessen im Sinn. Ich werde mich an die anderen Polen wenden müssen, und diese Lubliner Regierung (Kommunisten) wird vielleicht sehr gut arbeiten. Sie wird die Regierung sein. Sie machen den kriminellen Versuch, durch Ihr "liberum veto" das Einverständnis unter den Verbündeten zu stören. Das ist Feigheit von Ihnen."<<

Mikolajczyk lehnt es jedoch trotz aller Drohungen weiterhin ab, die vorgeschlagene polnisch-sowjetische Ostgrenze (Curzon-Linie) zu akzeptieren.

31.10.1944

Der tschechische Exilpolitiker Ripka berichtet in London vor internationalen Pressekorrespondenten (x004/43): >>Ich selbst glaube, daß die Zahl der Deutschen, die sich nicht schlecht verhalten haben und denen man ohne Befürchtungen ... die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit anerkennen kann, etwa 800.000 vielleicht 1 Million betragen wird.<<

Dr. Benesch erklärt in der US-Zeitschrift "Foreign Affairs" zur Problematik der sudetendeutschen Frage (x004/45): >>... daß die Fortführung der Minoritätenpolitik alten Stils nicht mehr möglich sei, wenn diese von einem imperialistischen Staat mißbraucht würde, um eine Expansion voranzutreiben. Die Tschechoslowakei müsse daher den "Transfer" der größtmöglichen Zahl ihrer deutschen Bewohner ins Auge fassen, allerdings ohne das Heimatrecht (the right of domicile) irgend jemand zu bestreiten, der der Republik die Treue bewahrt habe.<<

14.11.1944

Die Alliierten beschließen in London einstimmig das 2. "Zonenprotokoll" (x040/248). In diesem Abkommen werden u.a. die zukünftigen Besatzungszonen des Deutschen Reiches abgegrenzt und die Errichtung eines alliierten "Kontrollrates" vereinbart.

Durch dieses Abkommen wird nach dem Kriegsende die gesamte Regierungsgewalt auf die Sieger- bzw. Besatzungsmächte übertragen und das Deutsche Reich praktisch liquidiert.

Der US-Diplomat D. John Hickerson (1898-1989, von 1944-47 stellvertretender Direktor des Amtes für europäische Angelegenheiten im State Department) begründet damals in einer Studie die US-Europapolitik wie folgt (x058/387-388): >>Wir haben eine ziemlich klare Vorstellung von den Zielen der Sowjets in Osteuropa. Wir kennen die Bedingungen ihres Abkommens mit Finnland. Wir wissen, daß die 3 baltischen Staaten der Sowjetunion wieder einverleibt worden sind und daß wir nichts unternehmen können, um dies zu ändern.

Es ist keine Frage, ob wir es gerne sehen; ich persönlich sehe es nicht gern, obgleich ich aner-

kenne, daß die sowjetische Regierung Argumente auf ihrer Seite hat.

Es ist Tatsache, daß es geschehen ist, und nichts, was zu tun in der Macht der Regierung der Vereinigten Staaten steht, kann es ungeschehen machen.

Wir wissen, daß die Russen auf die Einverleibung eines wesentlichen Teiles von Ostpreußen und eine annähernd mit der Curzon-Linie übereinstimmenden Grenze mit Polen bestehen werden. Die Sowjetunion hat schon Bessarabien seinem Gebiet einverleibt. Die Sowjetunion wird vielleicht auf kleinere Berichtigungen ihrer Grenzen mit Rumänien bestehen.

Ich würde es begrüßen, daß irgendwelche Möglichkeiten zu einer günstigen Übereinkunft zu gelangen, die in Verbindung mit den vorerwähnten Angelegenheiten bestehen, voll ausgenutzt werden, um die Russen zu veranlassen, einer befriedigenden Organisation der Vereinten Nationen zuzustimmen und sich damit einverstanden zu erklären, daß sich der geplante provisorische Sicherheitsrat für Europa mit Polen, Griechenland und anderen Unruheherden befaßt.

Ich würde es begrüßen, wenn wir zustimmen würden, die Einverleibung der 3 baltischen Staaten in die Sowjetunion als Tatsache und unsere Anerkennung dieser Gebiete als sowjetisches Territorium zu akzeptieren. Dies würde zur Folge haben, daß wir die Anerkennung der drei diplomatischen Vertreter dieser Länder in den Vereinigten Staaten zurückziehen.

Ich würde es begrüßen, wenn wir zum geeigneten Zeitpunkt zustimmen würden, die Abtretung des Teiles Ostpreußen an die Sowjetunion, worauf dieses Land besteht, zu akzeptieren. Ebenso würde ich die Zustimmung unsererseits begrüßen, zu einem geeigneten Zeitpunkt die Curzon-Linie als Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion anzuerkennen und eine solche Anerkennung öffentlich bekanntzugeben. Die Anerkennung der Rückgabe Bessarabiens an die Sowjetunion sollte für uns keine Schwierigkeiten darstellen.

Wir müssen die Unterstützung der Sowjetunion zur Vernichtung Deutschlands haben. Wir brauchen die Sowjetunion nötig im Krieg gegen Japan, wenn der Krieg in Europa vorüber ist. Die Wichtigkeit dieser beiden Dinge kann ermessen werden, wenn man bedenkt, wie viele amerikanische Menschenleben davon betroffen werden. Wir sind auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion angewiesen, um den Frieden zu organisieren.

Gewisse Dinge im Zusammenhang mit den vorerwähnten Vorschlägen sind mir persönlich zuwider, aber ich bin bereit, ihre Annahme nahezulegen, um die Mitarbeit der Sowjetunion beim Gewinnen des Krieges und der Organisation des Friedens zu erlangen. Vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen gibt es gute Argumente für alle diese Vorschläge.

Ich bin bereit, die Argumente der Sowjets zu unterstützen und zu befürworten, falls dadurch beim Gewinnen des Krieges amerikanische Menschenleben geschont werden und das übrige Europa vor der "Dschungeldiplomatie", die sonst ziemlich sicher folgen wird, gerettet wird.

...<<

17.11.1944

US-Präsident Roosevelt schreibt an die polnische Exilregierung (x028/33): >>Wenn Polens Regierung und Volk im Zusammenhang mit der neuen Grenzziehung des polnischen Staates wünschen, Umsiedlungen in das und aus dem polnischen Gebiet vorzunehmen, wird die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwände erheben und, so weit möglich, die Umsiedlung erleichtern.<<

23.11.1944

Die tschechische Exilregierung legt den Nordamerikanern und Briten erstmalig exakte Vertreibungspläne vor.

Etwa 2/3 der "deutschen Minderheit" soll die CSR verlassen. Die "Abschiebung" der deutschen und ungarischen Volksgruppen will man innerhalb von 2 Jahren durchführen. Die nordamerikanischen und britischen Regierungsvertreter nehmen diese konkreten Pläne ohne jegliche Widersprüche entgegen und bitten nur, keine voreiligen Maßnahmen einzuleiten (x020/64-65).

28.11.1944

Eine nordamerikanische Journalistin berichtet über ein Gespräch mit dem tschechischen Exilminister Stransky (x025/89): >>Stransky ... glaubt, die Verhältnisse im Sudetenland nach dem Waffenstillstand würden derartige sein, daß sich das deutsche Problem zum guten Teil ohne Transfer von selber lösen wird. Die sudetendeutsche Bevölkerung würde sogar ohne offiziellen Transfer drastisch reduziert werden. ...

Es wird ein schreckliches Elend geben. Es wird daher erwartet, daß es in der ersten Periode nach der Befreiung im Sudetenland eine sehr hohe Sterblichkeit geben wird.<<

15.12.1944

Vor dem britischen Unterhaus billigt Churchill am 15. Dezember 1944 eine Ausweitung der polnischen Grenzen nach Westen (mit einer Ostseeküste von 200 Meilen) und die totale Austreibung dieser Deutschen (x024/105): >>... Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen müßte von Osten nach dem Westen oder Norden durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen - denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen - aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt.

Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Fall Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden.

Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor. ... Ich sehe auch nicht ein, warum in Deutschland kein Platz für die Bevölkerung Ostpreußens und der anderen von mir erwähnten Gebiete sein sollte.<<

Einige britische Abgeordnete protestieren vergeblich gegen diese völkerrechtswidrigen Massenvertreibungspläne.

17.12.1944

Tomasz Arciszewski (Ministerpräsident der polnischen Exilregierung) antwortet Churchill.

Er verlangt Ostpreußen, Oberschlesien und Teile von Pommern für Polen, wünscht jedoch weder Breslau noch Stettin und keine Westgrenze, die 8 bis 10 Millionen Deutsche in Polen lassen würde (x039/227).

Arciszewski erklärt ferner in einem Bericht der "Sunday Times" (x035/331): >>... Wir wollen die Grenze nicht so weit nach Westen ausdehnen, daß wir bis 10 Millionen Deutsche aufnehmen müssen. Wir wollen Breslau und Stettin nicht.<<

18.12.1944

Das kommunistische Lubliner Komitee veröffentlicht am 18. Dezember 1944 in der "Prawda" die bisher umfangreichsten Gebietsforderungen (x024/116).

Mit Breslau und Stettin fordert man sogar große Gebiete westlich der Oder (die spätere Oder-Neiße-Linie). Stalin unterstützt diese polnischen Gebietsansprüche.

US-Außenminister Stettinius (Nachfolger von Cordell Hull) erklärt am 18. Dezember 1944, daß die nordamerikanische Regierung alle Grenzregelungen bis zum Kriegsende vertagen wird (x040/254).

Stettinius erklärt jedoch bereits am 18. Dezember 1944 in einer offiziellen Mitteilung (x028/33): >>Wenn Regierung und Volk von Polen beschließen, im Interesse des polnischen Staates nationale Gruppen umzusiedeln, wird die Regierung der Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen Polen nach Möglichkeit dabei unterstützen. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005, Berater des US-Botschafters Harriman in Moskau) schreibt später in einem Memorandum über die geplante Verschiebung der deutschen Ostgrenze (x028/71-72): >>... Es macht jeden Glauben an ein freies und unabhängiges Polen unrealistisch. Es richtet in Mitteleuropa eine Grenze auf,

die sich nur verteidigen läßt, wenn an ihrer ganzen Länge dauernd starke Truppenverbände unterhalten werden.

Es macht die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme im restlichen Deutschland außerordentlich schwierig - trotz Churchills nicht überzeugender Zuversicht, es werde nicht schwerfallen, in Deutschland für 6 Millionen Menschen eine neue Heimat zu finden (übrigens halte ich die Zahl für zu niedrig).

Mit anderen Worten erschwert es eine Stabilisierung der Verhältnisse gerade in den Teilen Deutschlands, die für die atlantische Gemeinschaft besonders wichtig sind, und kann sich also nur zu unsren und der Briten Ungunsten auswirken.

Die Verwirklichung dieses Plans mag sich nicht verhindern lassen, ... aber ich glaube, das es geboten wäre, ihn für das zu nehmen, was er ist, und unsere Überlegungen über die Zukunft Europas danach einzurichten. Vor allem aber sehe ich keinen Grund für uns, die Mitverantwortung für die Komplikationen zu übernehmen, die unausweichlich daraus entstehen müssen.<<

12.01.1945

Vor der Krim-Konferenz berichtet die US-Delegation am 12. Januar 1945 über "begrenzte, geregelte Umsiedlungsaktionen" (x020/58, x150/6-7): >>Wir glauben nicht, daß es für die Vereinigten Staaten tunlich wäre, sich solchen allgemeinen Transfers zu widersetzen, falls darauf von den tschechischen und polnischen Regierungen, die die Unterstützung der britischen und sowjetischen Regierungen haben, bestanden wird. ...<<

>>... Es wird empfohlen, daß sich unsere Regierung im allgemeinen einem Transfer der deutschen Minderheiten aus benachbarten Staaten nicht widersetzen sollte. Sie sollte sich jedoch soweit wie möglich für einen selektiven Transfer aussprechen. Wenn eine solche Aktion langsam, in geordneter Weise und unter internationaler Aufsicht durchgeführt wird, würde sie zu besseren Beziehungen zwischen den betreffenden Staaten beitragen. ...

Die im vorstehenden empfohlenen Abtretungen an Polen würden ungefähr 3,4 Millionen Deutsche unter polnische Gebietshoheit bringen, zusätzlich zu den über 700.000 im Vorkriegspolen. Sowohl die polnische Exilregierung als auch das Lubliner Komitee haben den Wunsch geäußert, diese deutsche Bevölkerung auszutreiben. ...

Ferner wünscht die tschechoslowakische Exilregierung, mehr als 1,5 Millionen Sudetendeutsche zu entfernen. ...

Das Außenministerium befürwortet eine Politik, durch welche diese Transfers auf einem Minimum gehalten werden, langsam in geregelter Weise vonstatten gehen und unter internationaler Aufsicht stehen, auf der Grundlage von Abkommen zwischen den alliierten Hauptmächten einerseits und Polen und der Tschechoslowakei andererseits.<<

Das US-Außenministerium schlägt damals folgende Aufteilung der deutschen Ostgebiete vor (x039/227): Nordostpreußen an Rußland, Restostpreußen, Danzig und die Nordostspitze Pommerns sowie Regierungsbezirk Oberschlesien an Polen (54.390 qkm).

16.01.1945

Das US-Außenministerium antwortet der tschechischen Exilregierung (Staatsminister Ripka) und erklärt, das "Umsiedlungsproblem" der Deutschen zu prüfen (x150/7): >>Zweifellos werden ähnliche Fragen bezüglich des Transfers von Deutschen aus anderen Gebieten entstehen. Da dieses Problem deshalb eine Gesamtsumme von Millionen Menschen betreffen kann, ist es eine Angelegenheit großer Sorge für die Besatzungsmächte bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland. ...

Die amerikanische Regierung ist deshalb der Meinung, daß Umsiedlungen der Art, wie sie in der Note Eurer Exzellenz in Erwägung gezogen werden, nur in Ausführung angemessener internationaler Vereinbarungen durchgeführt werden sollten. ... Solange solche internationalen

Vereinbarungen nicht vorliegen, ist die amerikanische Regierung der Meinung, daß keine einseitigen Umsiedlungsaktionen durchgeführt werden sollten.<<

23.01.1945

Winston Churchill erläutert am 23. Januar 1945 vor dem britischen Unterhaus die Bedeutung der "Bedingungslosen Kapitulation" (x115/56): >>Ich möchte mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, nichts darf uns dazu veranlassen, von dem Grundsatz der bedingungslosen Kapitulation abzugehen. Nichts darf uns dazu veranlassen, in irgendeiner Form oder unter irgendeinem Vorwand in Verhandlungen mit Deutschland oder Japan einzutreten, bevor die Gegner ihre bedingungslose Kapitulation erklärt haben.

Aber der Präsident der Vereinigten Staaten und ich selbst haben wiederholt festgestellt: Die Erzwingung bedingungsloser Kapitulation befreit die Siegermächte in keiner Weise von ihren Verpflichtungen gegenüber der Menschheit oder von ihren Pflichten als zivilisierte und christliche Völker.

Wir rufen unseren Feinden jetzt zu: Wir fordern bedingungslose Kapitulation, aber ihr wißt, daß unsere Handlungsweise begrenzt ist durch unabänderliche moralische Gesetze. Wir sind nicht Leute, die Nationen ausrotten oder Völker hinschlachten. Wir lassen uns nichts abhandeln. Ihr habt keine Ansprüche zu erheben. Ihr müßt bedingungslos jeden Widerstand einstellen. Unsere Sitten und unsere Wesensart werden unsere Handlungsweise bestimmen.

Wenn ihr jetzt kapituliert, wird die Nachkriegszeit für euch bei weitem nicht so schwer sein wie ein volles Kriegsjahr 1945. Der Friede wird auf der Grundlage bedingungsloser Kapitulation erfolgen. Aber sie wird auch Deutschland und Japan ungeheure sofortige Erleichterung der Leiden und Qualen bringen, die ihnen sonst bevorstehen.

Wir Alliierten sind keine Ungeheuer - wir sind ehrenhafte Menschen, wir wollen Fackelträger der Zukunft sein. Unser Streben geht dahin, aus dem blutigen Chaos, in das die Menschheit nun selbst gestürzt ist, eine neue Welt entstehen zu sehen, eine Welt des Friedens, der Freiheit, des Rechts, der Gerechtigkeit - ein System, das der ganzen Welt dauernde, unbedrohte Sicherheit schenken soll.

Mehrere Länder haben bereits den siegreichen Alliierten gegenüber bedingungslos kapituliert, und für diese Völker wurde schon jetzt ein erträglicher Lebensstandard geschaffen. Ein Beispiel ist Finnland, ein anderes Italien. Die Völker dieser Länder werden nicht hingemordet oder zur Zwangsarbeit verschleppt. ...<<

26.01.1945

In einer Sitzung des "War-Cabinets" stellt Churchill am 26. Januar 1945 fest, daß eine Umsiedlung von 5-6 Millionen Deutschen, bereits keine Kleinigkeit sei, die Aussiedlung von 8 bis 9 Millionen Menschen dagegen wäre völlig undurchführbar (x020/58).

01.02.1945

Während der nordamerikanisch-britischen Vorbesprechung in Jalta einigen sich die Außenminister Stettinius und Eden am 1. Februar 1945, zunächst keine sowjetisch-polnischen Grenzforderungen (Görlitzer Neiße) anzuerkennen (x028/72-73): >>... Schon die Grenze am Oderverlauf würde Polens Aufnahmefähigkeit schwer belasten und die ungeheuren Schwierigkeiten vergrößern, die mit der Umsiedlung von Millionen Deutschen entstehen. ...

Wir sollten uns nachdrücklich den Bestrebungen widersetzen, die polnische Grenze bis an die Oder-Linie oder an die Oder-Neiße-Linie vorzuschieben.<<

Am 1. Februar 1945 wird Churchill durch Außenminister Eden über die Besprechung mit US-Außenminister Stettinius informiert (x028/102): >>... Die Abtretungen, auf die wir uns mit den Amerikanern geeinigt haben, (würde) die Umsiedlung von 2,5 Millionen Deutschen bedeuten.<<

Ferner meint Stettinius, "daß die Ausdehnung Polens an die Oder ohne Breslau und Stettin weitere zweieinhalb Millionen, eine Grenze an der westlichen Neiße mit Breslau und Stettin

dazu noch dreieinviertel Millionen Menschen betreffen werde" (x028/102).

11.02.1945

Die "Großen Drei", Churchill, Roosevelt und Stalin, beenden am 11.02.1945 auf der Halbinsel Krim die "Jalta-Konferenz".

Im Verlauf der "Jalta-Konferenz" fassen die "Großen Drei" vom 4. bis zum 11. Februar 1945 z.B. folgende Beschlüsse:

1. Zerstückelung des Deutschen Reiches und Aufteilung in 4 Besatzungszonen (die französische Besatzungszone wird von Churchill durchgesetzt).
2. In einem Geheimprotokoll werden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, von denen die Sowjetunion 50 % erhalten soll. In einem Geheimprotokoll wird ferner vereinbart, daß die Sowjets deutsche Arbeitskräfte in die Sowjetunion "schaffen" können (x001/79E, 041/137).
3. Geheimabkommen über den sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan und Überlassung der Kurilen und Süd-Sachalin.
4. Festlegung einer Gründungscharta für die "Vereinten Nationen" (jedes Mitglied des Sicherheitsrates erhält im Konfliktfall ein Vetorecht und hat damit Möglichkeiten, die Handlungsfähigkeit der UNO zu blockieren).
5. Stalin verpflichtet sich, in Polen freie und uneingeschränkte Wahlen zu gestatten.
6. Die Curzon-Linie wird zwar als polnische Ostgrenze bestätigt, aber Churchill und Roosevelt treffen in Jalta noch keine verbindlichen Entscheidungen über die polnischen Westgrenzen und den Zeitpunkt der Vertreibung. Sie erkennen jedoch bereits grundsätzlich an, daß Polen zu Lasten der deutschen Ostgebiete entschädigt und die deutsche Bevölkerung umgesiedelt werden muß. Churchill erklärt am 7. Februar 1945 zur "Aussiedlung" der Ostdeutschen, daß 6 Millionen Vertriebene vielleicht gehandhabt werden könnten, aber alles was darüber hinausgehen würde, wäre nicht zu bewältigen (x020/59).

Churchill bemerkt später zu den Gebietsforderungen (x028/73): >>... (Es) wäre ... höchst bedauerlich, wenn man die polnische Gans dermaßen mit deutschem Futter mäste, daß sie an Verdauungsbeschwerden eingehe ...<<

Stalin stellt daraufhin fest, daß es bei den "Umsiedlungen" der Deutschen keine großen Probleme geben würde, denn in den fraglichen Gebieten würden sich ohnehin keine Deutschen mehr aufhalten, da die meisten Deutschen bereits vor der Roten Armee in den Westen geflohen seien (x028/103).

US-Präsident Roosevelt beteiligt sich fast gar nicht an den Grenzdiskussionen. Er bestätigt nur, daß Polen auf Kosten des Deutschen Reiches entschädigt werden soll, lehnt die polnische Grenzverlagerung bis zur Görlitzer Neiße jedoch ab. Für die anstehenden Vertreibungen der Ostdeutschen hat der todkranke nordamerikanische Präsident kein einziges Wort übrig.

US-Präsident Roosevelt widersetzt sich am 8.02.1945 der polnischen Gebietsforderung (polnische Westgrenze = Lausitzer Neiße). Er hält jedoch die Oder-Linie für tragbar. Churchill schließt sich dieser Auffassung an und spricht sich für die Umsiedlung aller Deutschen aus diesen Gebieten aus (x039/228).

Die Organisation bzw. Durchführung der gigantischen Massenausreibungen und die bereits beschlossene Vertreibung von über 3,0 Millionen Sudetendeutschen werden während der Konferenz von Jalta nicht erwähnt.

Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze wird zwar zurückgestellt, aber durch die indirekte Anerkennung der Oder-Linie treffen die Westmächte frühzeitig verhängnisvolle Vorentscheidungen.

Stalin ist spätestens nach der Jalta-Konferenz davon überzeugt, daß die westlichen Verbündeten auch zukünftig keine ernsthaften Probleme bereiten werden, obwohl die Nordamerikaner und Briten die völkerrechtswidrigen Deportations- und Vertreibungspläne der Sowjets, Polen

und Tschechen hinlänglich kennen. Der sowjetische Diktator nutzt diese gleichgültige Duldung bzw. indirekte Zustimmung der Anglo-Amerikaner anschließend im Verlauf der "sowjetischen Befreiungsmision" gewissenlos aus, um die "deutsche Ostsiedlung" endgültig und radikal zu liquidieren.

Die "Krim-Konferenz" endet sinnigerweise mit einer "Erklärung über das befreite Europa". In dieser Botschaft sichert man allen Völkern z.B. die "freie Wahl" der Regierungsform zu.

In der Jalta-Schlußerklärung vom 11. Februar 1945 heißt es (x114/2.123): >>Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu zerstören. ...

Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten. Aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die Konferenz von Jalta (x028/72,76): >>Heute weiß jeder politische Amateur, daß Stalin das Spiel der Machtpolitik viel besser beherrschte als die Leiter der westlichen Demokratien, die sich in den Jahren der Zusammenarbeit niemals vorstellten, in welchem Ausmaß viele ihrer Kriegsziele unerfüllt bleiben würden.

Vor allem da, wo es um Polens Grenzen und seine Zukunft als freies Land ging, wurde reichlich viel Vertrauen an Stalin verschwendet. So war und blieb es Präsident Roosevelts ständige Taktik, z.B. klare Entscheidungen über Grenzziehungen auf die Zeit nach Beendigung der Feindseligkeiten hinauszuschieben.

Weil man es versäumte Stalins Ehrgeiz rechtzeitig Einhalt zu gebieten, kam es zur Versetzung der sowjetisch-polnischen Grenze nach Westen und schließlich zur Diskussion über die neue polnisch-deutsche Grenze. Da man von Stalin nie eine bindende Verpflichtung verlangte, blieb ihm natürlich freie Hand, der von den Sowjets beherrschten polnischen Regierung einen viel größeren Bissen Deutschlands zu überlassen, als die Amerikaner und die Briten je bewilligen wollten. ...<<

>>... Die Weigerung, eine verbindliche Entscheidung über Polens Westgrenze zu treffen, war ein etwas kläglicher Versuch der westlichen Alliierten, ihre Verhandlungsposition gegenüber den Russen zu behaupten. ...<<

28.02.1945

Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" erläßt am 28. Februar 1945 ein Dekret über den Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft (x003/37-39): >>... Kapitel III. Erfassung und Beschlagnahmung des Vermögens.

Art. 18. (1) In den Gebieten der Republik Polen, welche von Okkupanten zwangsweise in das Deutsche Reich eingegliedert wurden, sowie im Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig unterliegt der Erfassung und Beschlagnahmung das sich dort befindende Vermögen von:

- a) Angehörigen des Deutschen Reiches,
- b) Personen deutscher Nationalität ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit. Mit Ausnahme der in die dritte und vierte Gruppe der Deutschen Volksliste eingetragenen Personen,
- c) polnischen Staatsbürgern, die von den ehemaligen deutschen Besatzungsbehörden in die erste oder zweite Gruppe der Deutschen Volksliste eingetragen worden waren ...

Kapitel V. Strafbestimmungen.

Art. 25. Wer Vermögen, das der Erfassung und Beschlagnahme unterliegt, beseitigt oder dazu Beihilfe leistet, wird mit Gefängnis nicht unter 5 Jahren oder mit dem Tode bestraft.

Art. 26. Wer einer Person, die innerhalb der vorgeschriebenen Frist keinen Antrag auf Rehabilitierung eingereicht hat oder deren Rehabilitierungsantrag abgelehnt wurde, Hilfe leistet, insbesondere dadurch, daß er sie verbirgt oder mit Nahrung oder Personalausweisen versorgt, wird mit Gefängnis nicht unter 5 Jahren oder mit dem Tode bestraft. ...<<

Gemäß Dekret vom 28. Februar 1945 über den "Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft" wird z.B. der Besuch von deutschen Schulen, Gebrauch der deutschen Sprache oder Wehrpaßbesitz als Volksverrat eingestuft (x003/34-39). Folgen bzw. Strafen dieser "Ausscheidung" aus der polnischen Volksgemeinschaft sind: Enteignung, Zwangsarbeit, Verlust aller bürgerlichen und öffentlichen Rechte, Inhaftierung und später schließlich die Aus- bzw. Vertreibung.

01.03.1945

US-Präsident Roosevelt berichtet am 1. März 1945 in Washington über die Jalta-Konferenz (x028/76): >>... Im Laufe der Geschichte bildete Polen den Korridor, durch den die Angriffe auf Rußland erfolgten. Zweimal in dieser Generation hat Deutschland durch diesen Korridor gegen Rußland losgeschlagen. Damit sich das nicht wiederholt und um die europäische Sicherheit und den Weltfrieden zu erhalten, ist ein starkes, unabhängiges Polen notwendig.

Die Entscheidungen im Hinblick auf Polen waren durchaus ein Kompromiß, ... der die Polen im Norden und Westen für das Land entschädigen soll, das sie im Osten durch die Curzon-Linie verlieren. Bei der endgültigen Friedenskonferenz soll der Grenzverlauf für die Dauer festgelegt werden. Im großen und ganzen wird das neue, starke Polen einen bedeutenden Anteil des jetzt als Deutschland bezeichneten Gebietes erhalten. ...

Ich bin überzeugt, daß diese Übereinkunft über Polen unter diesen Umständen die denkbar hoffnungsvollste Vereinbarung für einen freien, unabhängigen und blühenden polnischen Staat ist.<<

Im britischen Unterhaus diskutiert man am 1. März 1945 kontrovers über das Schicksal der Ostdeutschen.

Der Vorsitzende der britischen Labourpartei, Clement Attlee, erörtert die "Jalta-Beschlüsse" (x028/38,202): >>Sie (die Deutschen) haben die alten Schranken eingerissen, und deshalb sage ich, daß sie sich nicht auf das alte Europa berufen können. Falls sie sich fügen, falls sie wiedergutmachen müssen, haben sie kein Recht, die Grundlage der Moralgesetze zu beschwören, die sie selbst nicht beachtet haben, oder auf Mitleid und Gnade zu rechnen, die sie niemals anderen zuteilwerden ließen. ...<<

>>... Die Umschichtung der Bevölkerung zum gegenwärtigen Zeitpunkt mag sehr, sehr schmerzlich sein, aber vielleicht ist sie weitaus besser als ein lang hinausgezögertes Leiden einer Bevölkerung unter Menschen, die sie hassen.<<

Der britische Abgeordnete Strauß warnt damals vor den Folgen dieser völkerrechtswidrigen Vertreibung (x028/77): >>... Wir erfahren durch den Premierminister, daß einige Teile Deutschlands, bestimmt aber Oberschlesien, an Polen übergehen. Ich hoffe, die Regierung wird sich Zeit lassen, bevor sie einem Vorschlag dieser Art zustimmt, der keinen Vorteil für irgendjemanden bringen kann, aber vielleicht außerordentlich gefährlich für die allgemeinen Aussichten auf einen dauerhaften europäischen Frieden ist.

Mit welcher Begründung wird ein solcher Vorschlag gemacht? Er soll Polen eine Entschädigung bieten. Doch die ganze Rechtfertigung der Curzon-Linie liegt darin, daß man sich 1919 in Versailles auf sie geeinigt hat. Aber nicht nur die Curzon-Linie, auch Polens Westgrenze wurde in Versailles gebilligt. War die eine gerecht, mußte es wohl auch die andere sein.<<

Der britische Abgeordnete Rhys-Davis beendet am 1. März 1945 seine unerbittliche Kritik mit folgenden Worten (x028/77-78): >>... Wenn die Politik der alliierten Mächte Danzig und Ostpreußen und andere Teile von Deutschland Polen geben will, um einen neuen Staat zu schaffen, weil Teile Polens andererseits Rußland gegeben werden, stellen sie sich dann auch nur einen Augenblick lang vor, daß sie damit einen dauerhaften Frieden in Europa schaffen? ...<<

>>... Wir haben diesen Krieg mit großen Motiven und hohen Idealen begonnen. Wir haben die Atlantik-Charta veröffentlicht, sie dann bespöten und auf ihr herumgetrampelt und sie schließlich auf dem Scheiterhaufen verbrannt, und nun ist nichts mehr von ihr übrig.<<

05.04.1945

Am 5. April 1945 nimmt die neue tschechoslowakische Regierung der Nationalen Front das "Kaschauer Programm" an (x004/184-202): >>I. Nach mehr als 6 Jahren Fremdherrschaft ist die Zeit gekommen, in der über unserem geprüften Vaterland die Sonne der Freiheit aufgeht. Auf ihrem glorreichen Siegeszug gegen Westen hat die Rote Armee die ersten Teile der Tschechoslowakischen Republik befreit. Auf diese Weise war es dank unseres großen Verbündeten, der Sowjetunion, möglich, daß der Präsident der Republik in das befreite Gebiet zurückkehren und daß hier, wieder auf heimatlichem Boden, die neue tschechoslowakische Regierung gebildet werden kann.

Die neue Regierung ist die Regierung einer breiten Nationalen Front der Tschechen und Slowaken und wird von den Vertretern aller sozialen Schichten und politischen Richtungen gebildet ...

II. ... Im Hinterland des Feindes wird die Regierung den allnationalen Kampf der breitesten Massen gegen die Okkupanten organisieren, sie wird darauf hinwirken, daß das tschechische Volk opferfreudig seinen bisherigen heldenhaften Kampf steigert ...

III. In Würdigung der außerordentlichen Verdienste der Roten Armee um unsere Befreiung sowie ihrer entscheidenden Rolle bei der Sicherung unserer Zukunft und um der unerreichbaren Kriegskunst, der beispiellosen Selbstaufopferung und dem grenzenlosen Heldentum ihrer Angehörigen zu huldigen, hat die Regierung den Wunsch, die kriegerische Zusammenarbeit der tschechoslowakischen Armee mit der Roten Armee noch weiter zu festigen ...

IV. Als Ausdruck der nie endenden Dankbarkeit der tschechischen und der slowakischen Nation der Sowjetunion gegenüber wird die Regierung die engste Bundesgenossenschaft mit der siegreichen slawischen Großmacht im Osten zur unabdingbaren Leitlinie der auswärtigen Politik machen. Der tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag vom 12. Dezember 1943 über die gegenseitige Hilfsleistung, Freundschaft und Nachkriegs-Zusammenarbeit wird für alle Zukunft die außenpolitische Position unseres Staates bestimmen. Mit Hilfe der Sowjetunion wird die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik vollendet werden ...

Die Regierung wird von Anfang an die praktische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion durchführen, und zwar in jeder Richtung - militärisch, politisch, wirtschaftlich, kulturell - ... Es wird das Bestreben der Regierung sein, bei der endgültigen Zermalmung Hitler-Deutschlands, bei der Vollstreckung der Strafe an Deutschland, bei der Auferlegung der deutschen Reparationen, bei der Festsetzung der neuen Grenzen und bei der Organisation des künftigen Friedens so eng wie möglich an der Seite der Sowjetunion und im Verein mit den übrigen slawischen und demokratischen Staaten zu stehen.

Die Regierung wird ihre wichtige Aufgabe darin sehen, einen festen Bündnisverband mit dem neuen demokratischen Polen zu verwirklichen. ... Soweit es sich um Polen handelt, wird die Regierung bestrebt sein, die unglückselige Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen und das Verhältnis der Tschechoslowakei zu dem neuen Polen von Anfang an auf eine neue Grundlage zu stellen, auf die Grundlage der slawischen Brüderschaft.

Der slawischen Linie ihrer auswärtigen Politik wird die Regierung auch darin folgen, daß sie die freundschaftlichste Verbindung mit dem neuen Jugoslawien anknüpfen und eine Form neuer Beziehungen auch zu dem slawischen Bulgarien finden wird. ...

Die freundschaftlichen Beziehungen zu England, dessen Hilfe während des Krieges wir hoch einschätzen, wie auch zu den USA wird die Regierung in ähnlicher Weise stärken wie die besonders enge Freundschaft mit Frankreich, wobei es ihr Bestreben sein wird, daß die Tschechoslowakei einen aktiven Beitrag bei der Errichtung einer neuen Ordnung im befreiten, demokratischen Europa leistet.

V. ... Alle Volksverräter und Helfershelfer des Feindes werden ... im Sinne des Dekretes des Präsidenten der Republik über die Bestrafung der Kriegsverbrecher, der Verräter und Kollabo-

rateure und über die Errichtung von Volksgerichten des aktiven und passiven Wahlrechtes entkleidet. Gewährleistet werden voll und ganz die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte, insbesondere die persönliche Freiheit, die Versammlungsfreiheit, die Koalitionsfreiheit, die freie Meinungsäußerung durch Wort, Druck und Schrift, die Freiheit des Hauses, das Briefgeheimnis, die Lehr- und Gewissensfreiheit sowie die Freiheit des religiösen Bekenntnisses. Eine Diskriminierung der Bürger der Republik aus rassistischen Gründen wird nicht zugelassen werden.

VI. ... In Anerkennung dessen, daß die Slowaken Herren in ihrem slowakischen Lande sein sollen, ebenso wie die Tschechen in ihrer tschechischen nationalen Heimat, und daß die Republik als gemeinschaftlicher Staat der gleichberechtigten Nationen, der tschechischen und der slowakischen erneuert wird, gibt die Regierung dieser Anerkennung in wichtigen staatspolitischen Akten Ausdruck. ...

VIII. Die furchtbaren Erfahrungen, welche die Tschechen und Slowaken mit der deutschen und madjarischen Minderheit gemacht haben, die zu einem großen Teil das gefügige Werkzeug einer gegen die Republik gerichteten auswärtigen Eroberungspolitik bildeten, und von denen sich vor allem die tschechoslowakischen Deutschen direkt zu einem Ausrottungsfeldzug gegen das tschechische und slowakische Volk hergaben, zwingen die wiederhergestellte Tschechoslowakei zu einem tiefgreifenden und dauerhaften Eingriff.

Die Republik hat nicht den Wunsch, ihre loyalen deutschen und madjarischen Bürger zu verfolgen, und sie wird sie auch nicht verfolgen, und vor allem nicht diejenigen, welche ihr auch in den schwersten Zeiten die Treue gehalten haben; gegen die Schuldigen aber wird streng und unerbittlich vorgegangen werden, wie dies das Gewissen unserer Völker, das heilige Andenken an unsere zahllosen Märtyrer und die Ruhe und Sicherheit künftiger Geschlechter fordern.

...

Die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft der übrigen tschechoslowakischen Bürger deutscher und madjarischer Nationalität wird aufgehoben ... Diejenigen Deutschen und Madjaren, welche wegen eines Verbrechens gegen die Republik und gegen das tschechische und slowakische Volk vor Gericht gestellt und verurteilt werden, werden der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt und aus der Republik für immer ausgewiesen, soweit über sie nicht die Todesstrafe verhängt wird. ...

IX. ... Soweit es sich um die deutschen und madjarischen Kriegsverbrecher handelt, wird die Regierung für ihre sofortige Unschädlichmachung, Einkerkierung und Überstellung an die außerordentlichen Volksgerichte sorgen. ... Es werden Lager zur Konfinierung der deutschen und madjarischen Angehörigen eingerichtet, welche irgendeine Verbindung mit den nazistischen und faschistischen Organisationen, mit deren Apparat und deren bewaffneten und terroristischen Formationen hatten. ...

Als Hochverräter der Republik wird die Regierung den Protektoratspräsidenten Hacha und alle Mitglieder der Regierung Beran ... vor das Nationalgericht stellen. ... Abgerechnet wird mit den verräterischen Journalisten, die sich verkauft und den Deutschen gedient haben. Verfolgt werden die Funktionäre des "Kuratoriums für die Erziehung der tschechischen Jugend", die Mitglieder der "Vlajka" ... und (Mitglieder) ähnlicher Organisationen, welche den Deutschen dienten ...

In der Slowakei werden vor Gericht gestellt die aktiven Helfer des Tiso- und Verräterregimes, die Schergen der Hlinkagarde und der slowakischen Gestapo ... und insbesondere auch diejenigen, welche ... in irgendeiner Weise an den Gewalttaten und Bestialitäten der Deutschen gegen das slowakische Volk teilgenommen haben. ...

XI. ... Es wird ein Nationaler Bodenfonds errichtet. In den Nationalen Bodenfonds wird aller Boden, die Gebäude, das tote und lebende Inventar eingebracht, soweit es gehört: den deutschen und madjarischen Adligen und Großgrundbesitzern, ohne Rücksicht auf ihre Staatsan-

gehörigkeit, wie auch anderen Bürgern feindlicher Staaten, insbesondere Deutschlands und Ungarns, ... die der Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakei aktiv Vorschub geleistet haben. ...

Das oben angeführte Grundeigentum und das mit ihm zusammenhängende Vermögen wird entschädigungslos enteignet. ...

XIII. Länger als 6 Jahre haben die Okkupanten mit Hilfe der Verräter unsere Nationen ausgeraubt. Das Plündern durch die Fremden hat jetzt am Vorabend ihrer Vertreibung aus unseren Ländern seinen Höhepunkt erreicht. Der Feind läßt überall hinter sich eine Wüste ...

XV. ... Es wird eine Säuberung der Schulen und der anderen Kulturinstitute von den Personen durchgeführt, welche in diesem Bereich mit den Okkupanten zusammengearbeitet haben. ... Alle deutschen und madjarischen Schulen in den tschechischen und slowakischen Städten werden geschlossen, darunter auch die Prager Deutsche Universität und die Deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn, die sich als die übelsten faschistischen und hitlerischen Brutstätten bei uns erwiesen haben. Auch die deutsche Lehrerschaft der Volks- und Mittelschulen gehörte zu den Hauptstützen des Hitlerismus ... und weil das eine Massenerscheinung ist, werden - bis zur endgültigen Entscheidung über die deutsche Frage - überhaupt alle deutschen Schulen geschlossen. ...

Die slawische Orientierung unserer Kulturpolitik wird in Übereinstimmung mit der neuen Bedeutung des Slawentums in der internationalen wie auch in unserer tschechoslowakischen Politik im besonderen verstärkt werden. ...

Vollkommen neu aufgebaut wird auch in kultureller Hinsicht unser Verhältnis zu unserem größten Verbündeten - der UdSSR. ... Die russische Sprache wird deshalb im neuen Lehrplan die erste Stelle unter den Fremdsprachen einnehmen. ...<<

Die tschechischen Partisanen und Widerstandskämpfer sollen außerdem größere Beteiligungen am beschlagnahmten deutschen Vermögen und zusätzliche Privilegien erhalten (x004/69).

07.05.1945

Da Eisenhowers Haltung unerbittlich bleibt, unterzeichnen Generaloberst Alfred Jodl (Chef des OKW), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation (in Kraft ab 9.05.1945, 0.01 Uhr).

General Eisenhower, der sich bis zum Schluß starrsinnig weigert, persönlich mit den Deutschen zu verhandeln, schreibt später in seinen Memoiren "Kreuzzug in Europa" (x106/432):

>>Als Admiral von Friedeburg am 5. Mai in Reims eintraf, erklärte er, er möchte eine Reihe von Punkten klären. Für uns führte mein Chef des Stabes, General Smith, die Verhandlungen. Dieser teilte Friedeburg mit, daß es keinen Sinn habe, über irgend etwas zu debattieren, da wir nur eine bedingungslose Kapitulation entgegennehmen würden. Friedeburg gab vor, er sei nicht ermächtigt, ein solches Dokument zu unterzeichnen. ...

Uns war klar, daß die Deutschen Zeit gewinnen wollten, um möglichst viele deutsche Soldaten, die noch im Felde standen, hinter unsere Linien bringen zu können. Ich trug General Smith auf, er solle Jodl sagen, ich würde den Durchgang weiterer deutscher Flüchtlinge unter Gewaltanwendung verhindern, wenn sie nicht augenblicklich mit ihrer Vorspiegelungs- und Verzögerungstaktik aufhörten.

Ich hatte es satt, mich dauernd hinhalten zu lassen. Schließlich setzten Jodl und Friedeburg einen Funkspruch an Dönitz auf, worin sie um Vollmacht zur Unterzeichnung einer bedingungslosen Kapitulation baten, die 48 Stunden später in Kraft treten sollten. Hätte ich das noch länger mitgemacht, so hätten die Deutschen immer wieder eine Ausrede gefunden. ... Dönitz sah schließlich ein, daß er sich fügen mußte, und so unterzeichnete Jodl am 7. Mai um 2.41 Uhr die Kapitulation. Am 8. Mai um Mitternacht sollten alle Feindseligkeiten eingestellt werden. ... <<

Nach der Kapitulationsanerkennung erklärt Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<

Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schweigen, salutiert die deutsche Delegation und kehrt sofort nach Flensburg zurück.

Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde heißt es (x063/602): >>... (daß die) hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<

Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.

Mit dieser Kapitulation verhindert die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).

08.05.1945

Der britische Rundfunk meldet die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht: >>**DEUTSCHLAND IST EIN UNTERWORFENES, EROBERTES LAND!**<<

Churchills Kommentar lautet (x111/12): >>Die bedingungslose Kapitulation unserer Feinde war das Signal für den größten Freudenausbruch in der Geschichte der Menschheit.<<

Die US-Regierung protestiert wieder gegen die eigenmächtige Errichtung von polnischen Besatzungszonen (x001/109E): >>In der amerikanischen Note vom 8. Mai 1945 wurde erklärt, daß die Warschauer Regierung in den ostdeutschen Gebieten bereits ihren vollständigen Staatsapparat errichtet und ihre Gesetze in Kraft gesetzt habe, daß ferner bereits eine Umsiedlung von Polen in diese Gebiete begonnen habe und offensichtlich eine noch weitere Ausdehnung der polnischen Verwaltung in Ostdeutschland geplant sei. Diese Maßnahmen seien einseitige Handlungen ohne vorherige Beratung und verstießen gegen die Grundsätze, die in Jalta über die Kontrolle und Besetzung Deutschlands aufgestellt worden seien.<<

Stalin erwidert daraufhin beschwichtigend, daß diese Maßnahmen nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten.

Erich Kästner (1899-1974, Schriftsteller) kritisiert die zwielichtige Außenpolitik der Alliierten (x111/13): >>Wer hat denn, als längst der Henker bei uns öffentlich umging, mit Hitler paktiert? Das waren nicht wir. ...

Wer hat denn Konkordate (Verträge zwischen Staat und der katholischen Kirche) abgeschlossen? Handelsverträge unterzeichnet? Diplomaten zur Gratulationscour und Athleten zur Olympiade nach Berlin geschickt?

Wer hat denn den Verbrechern die Hand gedrückt statt den Opfern?

Wir nicht, meine Herren Pharisäer!<<

09.05.1945

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangt, unterzeichnen Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) um 0.16 Uhr die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst.

Die militärische Kapitulationsurkunde lautet wie folgt (x092/927): >>1. Wir, die hier Unterzeichneten, die wir im Auftrage der Deutschen Wehrmacht handeln, übergeben hiermit bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft.<<

Die deutsche Gesamtkapitulation tritt unverändert am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft. An allen deutschen Frontabschnitten (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) ruhen die Waffen. Nach der Kapitulation verkündet Stalin in einer Rundfunkansprache, daß die deutsche Einheit erhalten werden soll und es keine Zerstückelung des Deutschen Reiches geben wird (x040/-285).

11.05.1945

Der stellvertretende kommunistische Ministerpräsident Gottwald unterzeichnet folgenden Aufruf der tschechoslowakischen Regierung (x004/70): >>Die neue Republik wird ein slawischer Staat, die Republik der Tschechen und Slowaken sein. Die Deutschen und Ungarn, die sich gegen unsere Völker und gegen die Republik so schwer vergangen haben, werden wir der Staatsbürgerschaft als verlustig betrachten und werden sie schwer bestrafen. Die Nationalausschüsse sollen damit sofort anfangen. Macht alle aktiven Nazisten unschädlich und beschlagnahmt ihr Vermögen zugunsten der Nation und des Staates. ...

Beschlagnahmt und gebt in die Nationalversammlung das Eigentum von Deutschen, Verrätern und Kollaboranten. ... Bereitet auf dem Lande die Konfiskation des Bodens vor, der dem fremden Adel, Deutschen, Verrätern und Kollaboranten gehörte. ...<<

12.05.1945

Churchill sendet ein Telegramm an US-Präsident Truman (x043/98): >>Die Lage in Europa beunruhigt mich zutiefst. ... Es liegt offen zutage, daß unsere Macht auf dem europäischen Kontinent binnen kurzem dahinscheiden wird. ... Ich habe mich stets um die Freundschaft der Russen bemüht; aber ihre falsche Auslegung der Jalta-Beschlüsse, ihre Haltung gegen Polen, ihr überwältigender Einfluß auf dem Balkan, ... vor allem ihre Fähigkeit, lange Zeit große Armeen im Felde stehen zu lassen, beunruhigen mich. ...

Ein eiserner Vorhang ist vor ihrer Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht wissen wir nicht. Es ist kaum zu bezweifeln, daß der gesamte Raum östlich der Linie Lübeck - Triest - Korfu schon binnen kurzem völlig in sowjetischer Hand sein wird. General Eisenhower wird alle nur möglichen Maßnahmen treffen müssen, um eine 2. Massenflucht der Deutschen nach Westen zu verhindern, wenn dieser enorme moskowitzische Vormarsch ins Herz Europas erfolgt. ... Damit werden uns russisch besetzte Territorien von vielen hundert Kilometern Tiefe wie ein breites Band von Polen abschneiden.<<

14.05.1945

Ein Sprecher der tschechischen Armee verkündet während der "Brünner Befreiungsaktion" (x004/105): >>Unsere glorreiche Armee ist zu dem einzig möglichen Entschluß gekommen: die Republik als einen nationalen Staat der Tschechen und Slowaken aufzubauen. Wir werden von jenen Deutschen, die nicht in ein Gefängnis oder in ein Konzentrationslager gehen, verlangen, daß sie ihre Bündel packen und dorthin zurückgehen, woher sie gekommen sind.<<

15.05.1945

Bischof Adamski aus Kattowitz fordert die Deutschen auf, Schlesien zu verlassen (x039/228).

24.05.1945

Die polnische Regierung erläßt ein Dekret über die Verwaltung der "Wiedergewonnenen Gebiete" und unterstellt die deutschen Ostgebiete den Organen des polnischen Staates (x001/-108E).

25.05.1945

Informationsminister Kopecky berichtet im Prager Rundfunk indirekt über die Austreibung von Sudetendeutschen (x004/105-106): >>Das tschechoslowakische Militär ist schon in Bereitschaft für die Säuberung des Grenzgebietes der Republik von Deutschen und Ungarn und für die Rückerstattung der Reichtümer dieser von altersher slawischen Gebiete in die Hände der Tschechen und Slowaken.<<

05.06.1945

Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wird die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgt nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wird in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übt ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernimmt (Übernahme der "absoluten Autorität").

In der Erklärung der Siegermächte vom 5. Juni 1945 heißt es (x101/185):

>>Erklärung

In Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik ...

Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.

Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.

Unter diesen Umständen ist es notwendig, unbeschadet späterer Beschlüsse, die hinsichtlich Deutschlands geschlossen werden mögen, Vorkehrungen für die Einstellung weiterer Feindseligkeiten seitens der deutschen Streitkräfte, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Verwaltung des Landes zu treffen und die sofortigen Forderungen zu verkünden, denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist.

Die Vertreter der obersten Kommandobehörden des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik, im folgenden "Alliierte Vertreter" genannt, die mit der Vollmacht ihrer betreffenden Regierungen und im Interesse der Vereinten Nationen handeln, geben dementsprechend die folgende Erklärung ab:

Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder Städte und Gemeinden. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.

Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik werden später die Grenzen Deutschlands oder irgendeines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil deutschen Gebietes bildet, festlegen.

Kraft der obersten Regierungsgewalt und Befugnisse, die die vier Regierungen auf diese Weise übernommen haben, verkünden die Alliierten Vertreter die folgenden Forderungen, die sich aus der vollständigen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ergeben und denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist. ...<<

Die siegreichen Mächte sind aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betreffen, sind gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats zu entscheiden.

Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellt z.B. eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen soll (x151/67).

Es ist noch immer eine ungelöste staatsrechtliche Frage, ob die Alliierten nach der "militärischen Kapitulation" überhaupt berechtigt waren, die Regierungsgewalt in Deutschland zu übernehmen oder ob das Deutsche Reich nach wie vor existierte.

Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605).

Prof. Rudolf Laun (deutscher Staats- und Völkerrechtler) schrieb später z.B. über den Fortbestand des Deutschen Reiches, daß die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verpflichtet gewesen wären, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden (x063/604).

12.06.1945

Die "Yorkshire Post" berichtet am 12. Juni 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x111/35): >>... Zehntausende strömen in hilflosen Gruppen durch die Berge zurück in das zerfallene Reich. Sie ziehen zu Fuß oder auf Ochsenkarren, in die sie ihr spärliches Hab und Gut und ihre zerlumpten Kinder hineingepfercht haben. Sie werden vom Hunger gepeinigt und von der Furcht gejagt und sind ohne Hoffnung.

Zuerst mußten die Sudetendeutschen gehen, die offen ihre Sympathie für Hitler bekundet hatten, dann folgten auch die, die 20 und 30 Jahre lang im Land einen festen Wohnsitz gehabt hatten, und schließlich selbst die zweite Generation.<<

14.06.1945

Tschechische Militärkommandanten ordnen "wilde Ausweisungen" von Sudetendeutschen an. Am 14. Juni 1945 wird der Ausweisungsbefehl für Böhmisches Leipa/Sudetenland erteilt (x004/325-327): >>Befehl des Militärortskommandanten.

Die Einwohner deutscher Volkszugehörigkeit, ... ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes, verlassen am 15. Juni 1945, um 5 Uhr früh, ihre Wohnungen und marschieren ... auf den Sammelplatz beim Bräuhaus in Ceske Lipe. ...

Die Anordnung betrifft nicht die nachstehend angeführten Personen und die Familien derselben:

1. Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Pflegepersonal und Feuerwehr. ...

5. Angestellte der Eisenbahn, der Post sowie der Verkehrsunternehmen. ...

Jeder Einzelperson, auf die sich die Ausweisung bezieht, ist es gestattet mitzunehmen:

a) Lebensmittel auf 7 Tage und

b) die allernotwendigsten Sachen für ihren persönlichen Bedarf in einer Menge, die sie selbst tragen kann; ...

Wertsachen: Gold, Silber und alle aus diesen Metallen hergestellten Gegenstände (Ringe, Broschen usw.), ... Einlagebücher, Versicherungen, Bargeld, mit Ausnahme von 100 RM pro Kopf sowie Photoapparate sind in ein Säckchen einzulegen oder in verschnürte Papierpäckchen einzupacken. ... Diese Wertsachen ... werden an der Versammlungsstelle abgegeben.

Ich mache darauf aufmerksam, daß jede Einzelperson einer strengen Leibesvisite unterzogen wird. Auch der Inhalt der Gepäckstücke wird genau überprüft werden. Es ist daher jede Verheimlichung der angeführten Gegenstände ... zwecklos und wird bestraft werden.

Haustiere bleiben an Ort und Stelle, das Verzeichnis der Tiere ist unter Angabe der Hausnummer und der Straße gleichzeitig mit den Schlüsseln an der Versammlungsstelle abzugeben.

Unbewegliches Eigentum und Einrichtung, wie ... Maschinen und Geräte, ist an Ort und Stelle zu belassen, jede absichtliche Beschädigung dieses Eigentums oder Einrichtung wird streng bestraft werden. Desgleichen wird die Übergabe ... an andere Personen, zwecks Aufbewahrung, bestraft werden. ... Beim Abgang sind alle Haus- und Wohnzimmereingänge ... zu verschließen. ... Vor dem Verlassen ... der Gebäude muß jede Eingangstür verschlossen und mit einem Streifen Papier so verklebt werden, daß dieser beide Türflügel verbindet und das Schlüsselloch überdeckt. ...

Nach Übernahme der Schlüssel werden alle Gebäude sofort von Militär- und Gendarmerieorganen durchsucht werden. Personen, welche unberechtigt und absichtlich die Gebäude nicht verlassen haben, haben eine strenge Strafe zu erwarten. ...<<

15.06.1945

Staatspräsident Benesch erklärt in Pilsen (x004/114): >>Die Regierung ist sich der Bedeutung des Verrats der Deutschen und Ungarn im Jahre 1938 wohl bewußt, und sie hat deshalb mit Recht den Beschluß gefaßt, die Republik von diesen verräterischen Elementen zu säubern. ...

Es ist uns bekannt, daß die Deutschen viele Gebiete unseres Landes aus eigenem Antrieb und im Bewußtsein ihrer Schuld verlassen haben, aber in einer Reihe von Fällen hat man auch unsererseits nicht korrekt gehandelt. Ich habe deshalb angeordnet, daß diese Mißstände abgestellt werden. ... Ich kann euch zusichern, daß dieses große (sudetendeutsche) Problem eine befriedigende Erledigung finden wird.<<

16.06.1945

Stalin telegraphiert an US-Präsident Truman und fordert, die US-Truppen ab 1. Juli aus den westlichen Gebieten der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland) abzuziehen (x116/58).

Im böhmischen Pilsen weist Dr. Benesch nochmals darauf hin, daß man das sudetendeutsche Problem für "alle Zeiten" erledigen wird und daß die Liquidierung der Deutschen 100%ig sein muß (x025/95).

Das Statut der Vereinten Nationen wird am 16. Juni 1945 veröffentlicht (x058/377-378):

>>Kapitel I: Ziele und Grundsätze.

Artikel 1: Die Ziele der Vereinten Nationen sind:

1. Internationalen Frieden und internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zwecke: wirksame gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Bedrohungen des Friedens und zur Unterdrückung von Angriffshandlungen oder anderen Friedensbrüchen zu treffen und auf friedlichem Wege und gemäß den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts für die Schlichtung oder Entscheidung zwischenstaatlicher Streitfragen oder Regelung möglicherweise zu einem Friedensbruch führender Situationen zu sorgen;
2. freundschaftliches, auf Achtung für den Grundsatz gleicher Rechte und der Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen Nationen herbeizuführen und zu pflegen und andere geeignete Maßnahmen zur Stärkung allgemeinen Friedens zu treffen;
3. Zusammenarbeit der Nationen zu erzielen in der Lösung internationaler, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme und bei der Förderung und Unterstützung des Respekts für die Grund- und Freiheitsrechte des Menschen für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion; und
4. ein Mittelpunkt zu sein, von dem aus die Handlungen der Nationen zur Erreichung dieser gemeinsamen Ziele in Einklang gebracht werden.

Artikel 2: Die Organisation und ihre Mitglieder sollen entsprechend den in Artikel 1 festgestellten Zielen in ihren Handlungen folgende Grundsätze beobachten:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz gleicher Souveränität aller ihrer Mitglieder.
2. Um die aus der Mitgliedschaft sich ergebenden Rechte und Rechtsvorteile für alle Mitglieder zu sichern, sollen alle Mitglieder die von ihnen gemäß dem gegenwärtigen Pakt übernomme-

nen Verpflichtungen in Treu und Glauben erfüllen.

3. Alle Mitglieder sollen ihre zwischenstaatlichen Streitigkeiten auf friedlichem Wege auf eine solche Weise schlichten, daß internationaler Friede und internationale Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

4. Alle Mitglieder sollen in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die Unversehrtheit des Gebietes oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates oder sonst irgendeine andere mit den Zielen der Vereinten Nationen vereinbare Handlungsweise unterlassen. ...

Artikel 4:

1. Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, welche die in dem gegenwärtigen Pakte enthaltenen Verpflichtungen übernehmen und nach Ansicht der Organisation fähig und willig sind, diese Verpflichtungen zu erfüllen. ...<<

17.06.1945

Die britische Regierung fordert die Tschechen auf, alle Austreibungsaktionen zu beenden und erklärt (x004/113): >>1. ... (daß Großbritannien) nicht seine Zustimmung zu einer Massendeportation der deutschen Minderheit gebe.

2. Auf alle Fälle der Ansicht sei, daß die Regelung dieser Frage nicht die Tschechoslowakei allein betreffe, sondern auch in den Wirkungsbereich der Kontrollmächte falle.<<

18.06.1945

Das State Department legt US-Präsident Truman am 18. Juni 1945 ein Memorandum über die "Umsiedlung" der Sudetendeutschen vor (x028/111): >>... Eines der schwierigsten Probleme wird aus der bereits ausgesprochenen Absicht der tschechischen Regierung entstehen, Deutsche in großer Anzahl zu vertreiben.

In diesem Punkt können die Interessen der Tschechoslowakei und die der Besatzungsmächte aufeinanderstoßen. Die Tschechen sind daran interessiert, die Vertreibung möglichst zu beschleunigen, das entspreche dem Volksempfinden den Deutschen gegenüber und würde die Besatzungsmächte vor vollendete Tatsachen stellen. Andererseits könnte es das Interesse der Besatzungsmächte fordern, solche Umsiedlungen in großem Maßstab zu vermeiden oder hinauszuschieben, um nicht mit dieser zusätzlichen Verantwortung belastet zu werden.<<

22.06.1945

In einem polnischen Militärbefehl vom 22. Juni 1945 heißt es (x024/127): >>Die Aussiedlung der Deutschen, die östlich der Oder wohnen, muß entschieden durchgeführt werden. Man muß daran denken, daß hier eine Aufgabe von großer Bedeutung vor uns liegt. ...<<

Der britische Außenminister warnt vor überhasteten Umsiedlungen der Deutschen (x150/10): >>Nach unserer Meinung müssen wir den Tschechen klarmachen, daß es Sache des Alliierten Kontrollrats in Deutschland sein wird, ... darüber zu entscheiden, wann und in welchen Etappen deutsche Minderheiten von außerhalb der Grenzen Deutschlands in dieses Land hereingenommen werden können. ...

Es scheint uns, daß ein umfassender Meinungs-austausch mit den Amerikanern über die gesamte Frage der Umsiedlung von ethnischen Minderheitengruppen in Europa wünschenswert ist.<<

26.06.1945

Die polnische Regierung (Minister Ochab) erklärt, daß sich östlich der Oder-Neiße-Linie nur noch rd. 2,5 Millionen Deutsche aufhalten, die ausgewiesen werden sollen (x111/40).

In San Francisco unterzeichnen 50 Nationen die Charta der Vereinten Nationen.

Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wird von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und muß am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).

Die UN-Satzung beginnt mit folgenden Worten (x069/202): >>Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu

bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Elend über die Menschen gebracht hat, und den Glauben an die fundamentalen Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die gleichen Rechte von Männern und Frauen und der großen wie der kleinen Völker erneut zu bekräftigen und Verhältnisse herzustellen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen aufrechterhalten werden können, die sich aus den Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts ergeben.<<

Bei dieser Konferenz wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/-344).

01.07.1945

Aufgrund der endgültigen Einteilung der Besatzungszonen räumen die nordamerikanischen und britischen Truppen vom 1. Juli bis zum 4. Juli 1945 sämtliche eroberten Gebiete in Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und das gesamte Land Thüringen (x111/41).

Teile der mitteldeutschen Gebiete (ca. 7,0 Millionen Einwohner) werden bereits seit dem 21.06.1945 von der sowjetischen Militäradministration (SMAD) verwaltet.

Während die Berliner in den Westsektoren aufatmen können, beginnt nach dem Einzug der Roten Armee für die Mitteldeutschen ein endloser Leidensweg.

Diese Aufteilung in Besatzungszonen und Abmachungen der Besatzungsmächte verhindern zunächst weitere Wanderungsbewegungen in den Westen.

Churchill kritisiert den Rückzug der Nordamerikaner und Briten aus Mitteldeutschland (x111/42): >>Sowjetrußland setzte sich im Herzen Europas fest. Es war für die Menschheit ein verhängnisvoller Tag. ...<<

10.07.1945

Polens Ministerpräsident Osobka-Morawski kündigt öffentlich an, daß man alle Deutschen, die sich noch in Polen und in den "polnisch verwalteten Gebieten" aufhalten, ausweisen wird (x040/290).

17.07.1945

Die Konferenz von Potsdam beginnt.

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfindet, verhandeln Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage am 28.07.) und Attlee (ab 29.07.) angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

Den beteiligten Konferenzteilnehmern geht es jedoch in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zum verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickeln.

Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der CSR und Ungarn wird trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert. Die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wird lediglich noch zur Kenntnis genommen.

21.07.1945

Während der Potsdamer Konferenz erwähnt man am 21. Juli 1945 im nordamerikanischen Sitzungsprotokoll erstmalig die Umsiedlungsfrage (x128/187): >>... Stalin beharrte darauf, daß auf dem Papier diese Gebiete (deutsche Ostprovinzen) zwar zum deutschen Staatsgebiet gehörten, in Wirklichkeit aber polnische Gebiete seien, da es in ihnen keine deutsche Bevölkerung gebe.

Der Präsident (Truman) bemerkte, daß 9 Millionen Deutsche sehr viel seien.

Stalin behauptete, daß sie alle geflohen seien. (US-Stabschef Admiral Leahy flüsterte Präsident Truman ins Ohr: "Die Bolschewiken haben sie alle umgebracht." - x150/12)

Churchill bemerkte, daß man, wenn dies zutreffe, sich die Möglichkeit überlegen sollte, wie man sie in den Gebieten, in die sie geflohen seien, mit Lebensmitteln versorgen könne, da die

Erzeugung des Gebietes, das sie verlassen hätten, nicht für die Ernährung der deutschen Bevölkerung zur Verfügung stehe.

Churchill sagte, daß seinem Vernehmen nach im Rahmen des von der sowjetischen Regierung unterbreiteten polnischen Planes ein Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des deutschen Gebietes vom Jahre 1937 vom deutschen Gebiet abgetrennt würde, von dem man bei der Versorgung mit Lebensmitteln ausgehe. Das sei ungeheuerlich.

Was die Bevölkerung anbetreffe, so scheine es so zu sein, daß 3 bis 4 Millionen Menschen aus dem Gebiet östlich der Curzon-Linie ausgesiedelt würden, die Zahl der aus dem deutschen Gebiet auszusiedelnden Bevölkerung vor dem Kriege sich jedoch auf 8,5 (Millionen) belaufen habe.

Es liege auf der Hand, daß es eine schwerwiegende Sache sei, deutsche Bevölkerungsteile geschlossen auszusiedeln und das übrige Deutschland mit ihrer Versorgung zu belasten, wenn man ihnen die Möglichkeit zur Versorgung mit Lebensmitteln genommen habe. ...

Stalin sagte, das Gebiet sei von den Polen bewohnt, die die Felder bearbeiteten, und nicht von Deutschen. Es sei unmöglich, von den Polen zu verlangen, die Felder zu bearbeiten und die Lebensmittel den Deutschen zu geben. ...<<

US-Präsident Truman erklärt zum Schluß (x150/13): >>Ich kann mich im Hinblick auf die Lösung der Reparationsfrage und im Hinblick auf die Versorgung der gesamten deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Kohle nicht mit der Fortnahme des östlichen Teils von Deutschland in den Grenzen von 1937 einverstanden erklären.<<

22.07.1945

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz legt die tschechoslowakische Regierung den 3 Großmächten Pläne für die "geordnete Aussiedlung" der Deutschen und Magyaren aus der CSR vor (x039/229).

Churchill begründet nochmals seine Ablehnung, die polnische Westgrenze an die westliche Neiße zu verlegen (x150/13): >>Wir hegen ... einige Zweifel moralischer Art, ob eine so große Bevölkerungsumsiedlung wünschenswert ist. Wir sind im Prinzip mit einer Umsiedlung einverstanden, jedoch nur in den gleichen Ausmaßen, wie die Bevölkerung östlich der Curzon-Linie umgesiedelt wird. Wenn von einer Umsiedlung von 8 oder 9 Millionen Menschen die Rede ist, dann halten wir das nicht für richtig.<<

31.07.1945

Auf der 11. Plenarsitzung am 31. Juli 1945 stellt Stalin während der Potsdamer Konferenz unmißverständlich klar, daß die "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen auf jeden Fall stattfinden wird (x150/16): >>Es handelt sich nicht darum, daß man die Deutschen einfach nimmt und aus diesen Ländern herausjagt. So einfach ist die Sache nicht. Aber man versetzt sie in eine solche Lage, daß es für sie besser ist, aus diesen Gebieten fortzugehen.

Formal können die Tschechen und Polen sagen, daß es für die Deutschen kein Verbot gibt, dort zu leben, aber die Deutschen werden in Wirklichkeit in eine solche Lage versetzt, daß es für sie unmöglich ist, dort zu leben. ...<<

US-Außenminister Byrnes begreift Stalins Hinweis anscheinend nicht, denn er interpretiert den Art. XIII des Potsdamer Abkommens aus nordamerikanischer Sicht (x150/16): >>...

Wenn diese Regierungen die Deutschen nicht aussiedeln und sie nicht zur Ausreise aus Polen und der Tschechoslowakei zwingen, dann wird dieses Dokument natürlich keine Ergebnisse zeitigen. Tun sie es jedoch, dann können wir sie bitten, diese Handlungen zeitweilig einzustellen. Nach unseren Informationen zwingen sie die Deutschen, Polen und die Tschechoslowakei zu verlassen. Die Umsiedlung der Deutschen in andere Länder vergrößert unsere Bürde. Wir möchten, daß diese Regierungen in diesem Fall mit uns zusammenarbeiten.

Stalin antwortet: "Die Polen und Tschechen werden Ihnen sagen, daß es bei ihnen keine Anordnung zur Aussiedlung der Deutschen gibt. Doch wenn sie darauf bestehen, dann kann ich

mich mit diesem Vorschlag einverstanden erklären, ich fürchte nur, daß er keinen großen Erfolg bringt." ...

Der US-Präsident beendet schließlich die Diskussion über die Umsiedlungsfrage: "Es ist möglich, daß dieser Vorschlag, die bestehende Situation nicht verändert. Doch er gibt uns die Möglichkeit, daß wir uns an diese Regierungen wenden können.<<